

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 27. SEPTEMBER 2018



## GUTE ARBEIT IM STRAFVOLLZUG

Wie beurteilt der Senat die Situation in den Bremer Gefängnissen? Das wollte die SPD-Fraktion in einer Großen Anfrage wissen. In der Debatte zur umfangreichen Antwort des Senats betonte die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sascha Aulepp, heute in der Bürgerschaft, welche hohe Bedeutung die Arbeit der JVA an den Standorten Oslebshausen und Bremerhaven hat. Sie hob zudem vier Punkte hervor, die sie auch und gerade nach der Antwort des Senats für besonders wichtig hält.

So werde deutlich, dass die Arbeit im Bremischen Strafvollzug anspruchsvoller geworden sei, weil die Gefangenensituation vielfältiger, ihre Problemlagen komplexer und die Belegungszahlen höher seien. „Deshalb ist es gut, dass wir mehr Personal ermöglicht haben, dass wir bei den Zulagen draufsatteln konnten und dass es ein umfangreiches Weiterqualifizierungsangebot für die Beschäftigten der JVA gibt“, sagte Aulepp. Wichtig sei, dass die Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung zur Grundlage von konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gemacht würden.

Aulepp betonte zudem, es sei richtig, Sanierung, Ausbau und Modernisierung der Bremer JVA weiter voranzutreiben. Dies sei nicht nur wichtig, um mehr Platz für die Gefangenen zu schaffen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Es sei auch und gerade notwendig, um die Resozialisierung als



Sascha Aulepp

Strafzweck und Vollzugsziel zu erleichtern.

Um dieses Ziel zu erreichen sei auch die Beschäftigung und Qualifizierung der Gefangenen besonders wichtig. Bremen liege hier im Bundes-

schnitt, könne aber noch besser werden. „Unsere Haltung ist, dass auch Sozial- und Bildungspolitik Kriminalprävention ist – weil oft die fehlenden Perspektiven im Leben Menschen dazu bringen, Straftaten zu begehen oder daran hindern, einen neuen, anderen Weg aus der Kriminalität heraus einzuschlagen. Deshalb setzen wir auf Qualifikation“, sagte Aulepp, die zudem betonte, wie wichtig die Möglichkeit des offenen Vollzugs und einer externen Erwerbstätigkeit oder Ausbildung sei, um auf das Leben in Freiheit vorzubereiten.

„Strafvollzug hat die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt immens wichtige Aufgabe, Straftäter wieder – oder erstmalig – in die Gesellschaft zu integrieren“, so Aulepp abschließend. „Und in der JVA in Bremen und Bremerhaven – und im Übergangmanagement mit den Akteuren ‚draußen‘ – wird dafür gute Arbeit geleistet.“

> Die Antwort des Senats auf die Anfrage:  
[http://tiny.cc/strafvollzug\\_hb](http://tiny.cc/strafvollzug_hb)

## VERMÖGENSTEUER EINFÜHREN!

Die Bürgerschaft hat sich heute dafür ausgesprochen, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken beschloss sie einen entsprechenden Antrag, der eine Abgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung zum Ziel hat.

„In keinem Land Europas, außer Österreich, ist Reichtum so ungleich verteilt wie in Deutschland“, betonte der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk. So verfügten die reichsten ein Prozent der Haushalte über ein Drittel des gesamten Nettovermögens. „Das ist ein gravierendes Problem. Denn diese krasse Ungleichverteilung spaltet und vergiftet die Gesellschaft. Sie hemmt das wirtschaftliche Wachstum und bläht den besonders anfälligen Finanzsektor auf. Und sie birgt das Risiko politischer Fehlentwicklungen, wie sie etwa in den USA zu beobachten sind – wo Reiche Einfluss auf die Politik nehmen und Populisten Wahlen gewinnen. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als eine Millionärssteuer ist daher notwendig – damit diese Superreichen einen größeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten und die finanzielle Ungleichheit in Deutschland verringert wird.“



Arno Gottschalk

> Antrag: Reichtum gerechter verteilen  
<http://tiny.cc/vermoegensteuer>

## FRAGE **NILGÄNSE, RABENKRÄHEN UND ELSTERN IM LAND BREMEN**

Wie beurteilt der Senat die sich teils widersprechenden Auffassungen über die Verbreitung von Nilgänsen, Rabenkrähen und Elstern im Land Bremen mit Blick auf die Auswirkungen, insbesondere für andere Arten und für die Landwirtschaft? Das wollte die SPD-Abgeordnete Antje Grotheer heute in der Fragestunde vom Bremer Senat wissen. Außerdem sollte der Senat darstellen, welche Maßnahmen bisher ergriffen werden, um mögliche negative Auswirkungen zu verhindern und ob er hier zusätzlichen Handlungsbedarf sieht.

Für den Senat erklärte Staatsrat Jens Deutschendorf, dass der Bestand der Nilgänse im Land Bremen in den vergangenen Jahren zwar zugenommen habe, jedoch weder für öffentliche Grünanlagen, Badeseen, die Landwirtschaft noch für an-

dere wildlebende Tierarten eine Belastung darstelle.

Demgegenüber habe der Bestand der Rabenkrähen und Elstern in den vergangenen Jahren abgenommen. Gelegentliche Übergriffe auf Singvogelnester würden durch die hohe Reproduktion dieser Tiere kompensiert, und auch auch für die Wiesenvögel stellten Rabenkrähen oder Elstern keine nennenswerte Bedrohung dar, erklärte Deutschendorf.

Nach Beschädigungen von Silofolien durch Rabenkrähen hätten einige Jäger eine entsprechende Abschussgenehmigung bekommen. Einen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf sehe der Senat, auch bei Elstern, derzeit allerdings nicht.

Nachdem Nilgänse im August 2016 von der EU-Kommission zur invasiven Art mit europäischer Bedeutung erklärt worden seien, sei ihre Übernahme in das Jagdrecht vorgesehen. Die genauen Jagdzeiten würden allerdings zurzeit noch diskutiert. Außerdem sei man in diesem Zusammenhang in einem Abstimmungsprozess mit Niedersachsen, erklärte Staatsrat Deutschendorf abschließend auf Nachfrage von Grotheer.



Antje Grotheer

> Zur Frage:  
<http://tiny.cc/nilgaense>

## FRAGE **WER STUDIERT SOZIALE ARBEIT IN BREMEN?**

Im Wintersemester 2016/2017 haben erstmalig Studierende ein Studium im dualen Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen aufgenommen. Heute wollten die SPD-Abgeordneten Sybille Bösch und Arno Gottschalk in der Fragestunde vom Bremer Senat wissen, wie viele Personen derzeit dieses Fach studieren und wie sich die Studierendenschaft zusammensetzt. Außerdem sollte der Senat darstellen, von welchen öffentlichen und privaten Trägern die Studierenden stammen.

„Der duale Studiengang Soziale Arbeit hat aktuell 52 Studierende“, erklärte Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück heute für den Senat. Von ihnen kämen über die drei Jahrgänge verteilt insgesamt 46 Studierende vom Aus- und Fortbildungszentrum für den



Sybille Bösch

öffentlichen Dienst in Bremen und sechs Studierende vom Berufsbildungswerk Bremen.

Eine Einbeziehung weiterer Träger werde seitens der Hochschule Bremen ange-

strebt, was auch zu einer Steigerung der Kapazität des dualen Studiengangs führen würde, so Kück.

Mit Blick auf die Frage nach der weiteren Beschäftigung der Studierenden nach Abschluss des 7-semesterigen Studiums in Bremen und Bremerhaven erklärte

Staatsrat Kück, dass die ersten Studierenden voraussichtlich im Frühjahr 2020 ihr Studium erfolgreich beenden würden. Vor diesem Hintergrund könne die Frage zu diesem Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

Auf Nachfrage bekräftigte Kück nochmals, dass die Hochschule Bremen weitere Kooperationen, auch mit Einrichtungen und Institutionen aus Bremerhaven, anstrebe. Daneben sei hier die Schaffung neuer Studienangebote in der Seestadt im Zuge der Neuaufstellung des Wissenschaftsplans zu prüfen.

> Zur Frage:  
<http://tiny.cc/soziale-arbeit-studieren>